

## Log 3/2016

### Ereignisse, Störungen und Probleme der digitalen Gesellschaft

Immer wieder gibt es Ereignisse, Verlautbarungen und Entscheidungen, die im Zusammenhang mit dem fortschreitenden Abbau der Bürgerrechte stehen. Wir dokumentieren hier einige davon. Die Aufzählung ist sicherlich nicht vollständig; mit einigen besonders bedeutsamen Ereignissen wollen wir aber auf die weiterhin besorgniserregende Entwicklung hinweisen.

#### Mai 2016

**19. Mai 2016:** Trotz des angespannten Verhältnisses in Sicherheitsfragen durch den NSA-BND-Skandal wollen Deutschland und die USA im Anti-Terror-Kampf weiter zusammenarbeiten. Um den Informationsfluss bezüglich „gewaltbereiter“ Islamisten zwischen beiden Ländern zu verbessern, haben Bundesinnenminister Thomas de Maizière und US-Justizministerin Loretta Lynch ein Abkommen unterzeichnet. Die existierenden Datenschutzbestimmungen würden dabei eingehalten. Ebenfalls Thema von Gesprächen war die Richtlinie über die Speicherung von Fluggastdaten (Passenger Name Records, PNR). Konstantin von Notz (Grüne) und Martina Renner (Die Linke) kritisierten das Abkommen (Quelle: Frankfurter Rundschau, Heise).

**20. Mai 2016:** Aus dem *Prismcamp*, das sich mit den Themen Spionage, Überwachung und Grundrechte beschäftigte, ist die *No-Spy-Konferenz* geworden, die sich den Themen Datenschutz, Geheimdienstkontrolle, Überwachung und digitale Selbstverteidigung widmet. Vom 16. bis zum 18. Juni fand sie in diesem Jahr zum fünften Mal statt (Quelle: no-spy.org, Heise).

**21. Mai 2016:** Der Social-Media-Konzern *Facebook* soll laut einer Klage in den USA private Nachrichten seiner Benutzer auswerten, indem die privaten Nachrichten nach Links durchsucht werden. Außerdem soll *Facebook* illegal die Benutzerprofile um Ergebnisse aus diesen Scans ergänzen, an Werbekunden weiterreichen und für Empfehlungen an andere Benutzer nutzen (Quelle: The Verge, Heise).

**23. Mai 2016:** Laut eines Berichts der *Melde- und Analysestelle Informationssicherung* (Melani) sind bei einem Hackerangriff auf den Schweizer Rüstungskonzern RUAG mehr als 20 Gigabyte Daten entwendet worden. Dem Bericht zufolge hat die Angriffsserie bereits im Dezember 2014 begonnen und war über ein Jahr lang unentdeckt geblieben. Das Schweizer Verteidigungsministerium war Anfang 2016 ebenfalls Ziel eines Hackerangriffs geworden (Quelle: Melani, Heise).

**23. Mai 2016:** Die Piratenpartei hat eine Beschwerde gegen die Einführung einer PKW-Maut in der Sache beim Bundesverfassungsgericht eingereicht. „Die elektronische Massenerfassung Hunderttausender von Kfz-Kennzeichen täglich ist schlicht verfassungswidrig“, meint dazu Patrick Breyer, der Datenschutzexperte der Piratenpartei. Die Piraten befürchten die Erstellung von Bewegungsprofilen mit Hilfe der für die Mauterhebung nötigen Überwachungsinfrastruktur (Quelle: Heise).

**23. Mai 2016:** Über den mangelnden Schutz von Whistleblowern in den Vereinigten Staaten beklagte sich der ehemalige

NSA-Mitarbeiter Edward Snowden nach dem Erscheinen des Buchs „*Die Aufrechten: Whistleblowing in der Ära Snowden*“ und forderte die Vereinigten Staaten auf, den bloß auf dem Papier bestehenden Schutz für Whistleblower endlich umzusetzen (Quelle: The Guardian, Heise).

**25. Mai 2016:** In einem gemeinsamen Positionspapier sprechen sich die europäischen Sicherheitsbehörden Europol und Enisa gegen Hintertüren in der Datenverschlüsselung aus (Quelle: Heise).

**25. Mai 2016:** Die Bundesbeauftragte für den Datenschutz, Andrea Voßhoff, hat vor den stets horchenden Sprachassistenten von Apple, Google und Amazon gewarnt. Die Sprachassistentensysteme hören durchgängig zu, sobald sie akustisch aktiviert wurden. „Als Datenschützerin sehe ich intelligente Sprachassistenten, die mit einem Mikrofon permanent ihre Umgebung ‚belauschen‘, kritisch“, so die Datenschutzbeauftragte. Die Entscheidung, ob sich der Komfortgewinn bei der Nutzung der Sprachassistenten lohne, sei „gegen die Möglichkeit einer Rund-um-die-Uhr-Überwachung der Privatsphäre abzuwägen“ (Quelle: Wirtschaftswoche, Heise).

**25. Mai 2016:** Die Gruppe der sieben führenden Industrienationen G7 stellt in einer Erklärung fest, dass das Völkerrecht und die Charta der Vereinten Nationen auch für Cyber-Angriffe gelten sollen. Dadurch könnten sich Staaten auf das Recht zur Selbstverteidigung berufen und gewaltsam gegen Angreifer vorgehen. Die G7-Staaten wollen sich in der Erklärung auch indirekt gegen die Internetsperren Chinas, Russlands oder anderer Länder wenden (Quelle: Heise).

**26. Mai 2016:** In den beiden Bundesländern Brandenburg und Niedersachsen sollen Whistleblower besser geschützt werden. Der brandenburgische Justizminister Stefan Ludwig (Die Linke) kündigte im Rechtsausschuss des Potsdamer Landtags einen gemeinsamen Gesetzentwurf dazu in den beiden Ländern an. Missstände und eklatante Rechtsverstöße in Unternehmen, Behörden und Organisationen „können oftmals nur durch Hinweise von Internen aufgedeckt werden. Hinweisgeber leisten der Gesellschaft mit ihrem Engagement und ihrer Zivilcourage wichtige Dienste.“ Der Vorschlag richtet sich an die Frühjahrskonferenz der Bundes- und Landesjustizminister (Quelle: dpa, Heise).

**30. Mai 2016:** Durch einen Richtlinienentwurf des Wettbewerbsrats der EU sollen Betriebsgeheimnisse und „vertrauliche Informationen“ besser geschützt werden. Zivilgesellschaftliche Organisationen sehen darin eine Gefahr für Medienfreiheit und Whistleblower und fordern Nachbesserungen. Durch den Richtlinienentwurf werden die Mitgliedsstaaten auf gemeinsame

Maßnahmen gegen unerlaubte Verwendung sensibler Unternehmensdaten verpflichtet (Quelle: European Digital Rights, europa.eu, Heise).

**31. Mai 2016:** Das *Privacy-Shield*-Abkommen zur Übermittlung personenbezogener Daten zwischen der EU und den USA steht weiterhin in der Kritik. Nach den Datenschutzbeauftragten der EU-Mitgliedsstaaten hält auch der EU-Datenschutzbeauftragte Giovanni Buttarelli in seiner Eigenschaft als unabhängiger Berater der EU-Institutionen „signifikante Verbesserungen“ für nötig (Quelle: Europäischer Datenschutzbeauftragter, Heise).

## Juni 2016

**1. Juni 2016:** Fünf Forschungsprojekte zum Selbstschutz werden durch das Forschungsministerium unterstützt. Unter Selbstschutz versteht man technische Möglichkeiten für Nutzer, um ihren Datenschutz selbst in die Hand nehmen zu können. Der Bund fördert diese Vorhaben im Rahmen des „Forschungsinlandsdatenabfischprogramms“ für IT-Sicherheit „Selbstbestimmt und sicher in der digitalen Welt“ (Quelle: Heise).

**1. Juni 2016:** Staatsschützer sehen im Cyberraum eine „Schwachstelle der westlichen Nationen“. Nachrichtendienste anderer Länder könnten das Internet „sehr stark für sich als ideale Spielwiese reklamieren“. Davor warnte Hans-Georg Maaßen, Präsident des Bundesamtes für Verfassungsschutz (BfV) auf der 4. Potsdamer Sicherheitskonferenz und verwies dabei auf die russische Hackergruppe Sofacy alias APT28. Eine „bewusste Manipulation“ warf der BfV-Chef russischen Kräften und Medien wie Russia Today (RT) vor. Ziel sei die Beeinflussung der öffentliche Meinung durch Desinformation (Quelle: hpi, Heise).

**2. Juni 2016:** Datenschützer kritisieren das geplante Vorhaben, Straßenabschnitte per Funkzellenüberwachung in Mecklenburg-Vorpommern zu kontrollieren, wenn es sich um die „vermutete Fahrstrecke“ Tatverdächtiger handelt. Ein massiver Kritikpunkt ist hierbei, dass mit der vagen Formulierung einer „vermuteten Fahrstrecke“ die Gefahr bestehe, dass die Polizei bei lockerer Auslegung der Richtlinie über das Ziel hinausschieße (Quelle: Heise).

**6. Juni 2016:** Der Bundesnachrichtendienst (BND) soll künftig im Inland Daten aus ganzen „internationalen Telekommunikationsnetzen“ abfischen und Passwörter abfragen dürfen. Die Bundesregierung und die große Koalition wollen dem BND einen weitgehend freien Zugriff auf Netzknoten im Inland erlauben und so eine heftig umstrittene Praxis des Auslandsgeheimdienstes legalisieren (Quelle: WDR, netzpolitik.org, Heise).

**8. Juni 2016:** Der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte hat eine Klage gegen den Identifizierungszwang beim Kauf von Prepaid-Mobilfunkkarten zugelassen und die Bundesregierung zur Stellungnahme aufgefordert. In der vergangenen Woche brachte das Bundeskabinett ein neues Anti-Terror-Paket auf den Weg, mit dem es den Identifizierungszwang bei Prepaidkarten verschärfen will. So sollen Mobilfunkbetreiber und Händler künftig auch bei Nutzern von Prepaid-Karten von Mobilfunkgeräten einen gültigen Identitätsnachweis mit vollständigen Adressangaben verlangen müssen (Quelle: Heise).

**8. Juni 2016:** Das FBI soll künftig mit den geheim zu haltenen *National Security Letters* auch die Herausgabe der Liste mit den besuchten Websites eines Verdächtigen verlangen können. Auch die NSA, der britische GCHQ und andere westliche Geheimdienste greifen in großem Umfang internationale Kommunikation ab, spionieren Unternehmen sowie staatliche Stellen aus und verpflichten Dienstleister im Geheimen zur Kooperation (Quelle: Heise).

**9. Juni 2016:** Behörden und Unternehmen sollen bei schweren Hacker-Attacken durch das Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik (BSI) mit einer „Cyber-Eingreiftruppe“ unterstützt werden. Die „Mobile Incident Response Teams“ (MIRT) sollen konkrete Hilfestellungen geben und die IT-Infrastruktur nach einem Angriff wieder stabilisieren. Der Einsatz der Mannschaft sei in der Bundesverwaltung sowie bei Betreibern kritischer Infrastrukturen geplant. Die Truppe soll bei Bedarf auch weitere Mitarbeiter aus dem BSI abrufen können (Quelle: BSI, Heise).

**11. Juni 2016:** Blackberry entschlüsselt BBM- und PIN-Nachrichten und liefert zahlreiche weitere User-Daten an ausländische Behörden in aller Welt. Der kanadischen Polizei dürfte Blackberry sogar einen Generalschlüssel gegeben haben (Quelle: Heise).

**13. Juni 2016:** Mit der Begründung der „digitalen Beweissicherung“ fordern die EU-Staaten neue Regeln, mit denen Ermittler leichter und schneller Nutzerinformationen wie Bestandsdaten von Diensteanbietern abrufen und austauschen können. Die Justiz- und Innenminister der EU-Staaten haben auf ihrem Treffen in Brüssel am Freitag einen Beschluss gefasst, wonach Strafverfolger künftig einfacher und rascher an Kundeninformationen bei Online-Diensteanbietern herankommen sollen (Quelle: Heise).

**15. Juni 2016:** Der Cyberraum wurde von der NATO offiziell als Kriegsschauplatz benannt. Sie erkennt jetzt auch Netzoperationen als militärisches Einsatzgebiet neben Luft, See und Land an. Darauf haben sich die Verteidigungsminister der Mitgliedsstaaten bei einem Treffen in Brüssel verständigt (Quelle: Spiegel, Heise).

**16. Juni 2016:** Dem Whistleblower Edward Snowden wird in diesem Jahr der Kasseler Bürgerpreis *Das Glas der Vernunft* verliehen. Der 32-Jährige habe mit Mut, Kompetenz und Vernunft eine Gewissensentscheidung getroffen und dabei Leben und Sicherheit für eine größere Sache aufs Spiel gesetzt (Quelle: Henschel, Heise).

**23. Juni 2016:** Die Bundesregierung will eine neue Behörde einrichten, die Verschlüsselung und „eigentlich“ abhörsichere Kommunikationstechnik knacken soll. Sicherheitsbehörden und Geheimdienste sollen angesichts der steigenden Beliebtheit von Verschlüsselungstechniken in die Lage versetzt werden, Kommunikation weiter mitlesen zu können (Quelle: Heise).

**27. Juni 2016:** Der frühere Bundesdatenschutzbeauftragte Peter Schaar kritisiert Pläne für eine neue Sicherheitsbehörde, die Programme zur Überwachung von Kommunikation im Internet entwickeln soll (Quelle: Süddeutsche Zeitung, Heise).

**28. Juni 2016:** Das Bundeskabinett hat einen Gesetzentwurf befürwortet, wonach der BND das Netz umfassender ausspionieren und Daten aus ganzen Telekommunikationsnetzen mit Auslandsverkehren auch im Inland durchsuchen darf. Bislang umstrittene, größtenteils als rechtswidrig erachtete Praktiken des BND sollen nach dem Vorbild der NSA legalisiert werden (Quelle: Heise).

**29. Juni 2016:** Trotz massiver Kritik hat der russische Föderationsrat ein Gesetz zur Vorratsdatenspeicherung mit großer Mehrheit bestätigt. Die Regierung begründete den Schritt als Maßnahme gegen Terrorismus. Zuvor hatte der ehemalige US-Geheimdienstler Edward Snowden den russischen Präsidenten Putin aufgerufen, die Anti-Terror-Gesetze zu stoppen; das Gesetz koste die russischen Bürger Geld und Freiheit, ohne die Sicherheit zu verbessern (Quelle: dpa, NZZ, Heise).

**29. Juni 2016:** Das *Fraunhofer-Institut für Sichere Informationstechnologie* (Fraunhofer SIT) und die Deutsche Telekom haben die sogenannte Volksverschlüsselung eingeführt. Dabei handelt es sich um eine Software, mit der man Ende-zu-Ende-verschlüsselte E-Mails versenden kann (Quelle: Handelsblatt, Heise).

## Juli 2016

**1. Juli 2016:** Mit seiner neuen Datenschutzerklärung räumt Google sich das Recht ein, von Android-Nutzern weitreichende Informationen über den Gebrauch ihrer Smartphones zu erfassen, wie Anrufnummern, Weiterleitungsnummern, Datum und Uhrzeit von Anrufen etc. Es wird befürchtet, dass der Internetkonzern mit dem Vorbehalt eine riesige „private Vorratsdatenspeicherung“ durchführt (Quelle: Heise, DRadio Wissen).

**4. Juli 2016:** In einer Resolution verurteilt der Menschenrechtsrat der UN einhellig Maßnahmen, mit denen „absichtlich der Zugang zu oder die Verbreitung von Online-Informationen verhindert oder unterbrochen werden“. Der Rat tadelte auch Menschenrechtsverletzungen gegenüber Bloggern oder Medienvertretern, die ihre Grundrechte im Internet ausüben. Sie dürften keinesfalls gefoltert, willkürlich verhaftet, außergerichtlich getötet, verschleppt, bedroht oder eingeschüchtert werden (Quelle: Heise).

**7. Juli 2016:** Der bayerische Landtag in München beschließt in einer Neuregelung, dass der bayerische Landesverfassungsschutz als erste Verfassungsschutzbehörde in Deutschland unter anderem Zugriff auf Telefonverbindungs- und Internetdaten aus der Vorratsdatenspeicherung erhalten soll. Bundesweit ist dies bislang nur Polizei und Strafverfolgungsbehörden erlaubt (Quelle: Augsburgener Allgemeine, Heise).

**12. Juli 2016:** Das umstrittene *Privacy-Shield*-Abkommen zwischen den USA und der Europäischen Union, das den Transfer personenbezogener Daten auf eine rechtssichere Grundlage stellen soll, wird verabschiedet. Kritiker sind der Ansicht, dass dieses Abkommen die Anforderungen des EU-Gerichtshofs bei weitem nicht erfüllt (Quelle: Netzpolitik.org, Heise).

**14. Juli 2016:** In den USA wollen sich 25 Kongress-Abgeordnete gegen den Überwachungsstaat und ungerechtfertigte Beschlagnahme wehren, um US-Bürger gegen staatliche Über-

griffe, insbesondere gegen unbegründete Durchsuchungen und Beschlagnahmen zu schützen (Quelle: Heise).

**15. Juli 2016:** Die beiden Studenten Sebastian Neef und Tim Philipp Schäfers decken auf ihrer Webseite Internetwache.org seit Jahren Sicherheitsprobleme im Netz auf. Jetzt konnten sie zeigen, dass die digitalen Steuerungen mehrerer deutscher Wasserwerke, Blockheizkraftwerke und Biogasanlagen über das Internet offen zugänglich und manipulierbar waren (Quelle: Internetwache.org, Spiegel Online).

**19. Juli 2016:** Im Weißbuch 2016 der Bundeswehr wird erstmals der Cyberraum zu einem eigenständigen Operationsgebiet erklärt und enthält Zielvorgaben für diesen Cyberraum. Was darin passieren soll, wird erstmals aus strategischer Sicht beschrieben (Quelle: BMVg, Heise).

**26. Juli 2016:** Die *Artikel-29*-Gruppe der nationalen Datenschützer hat dem transatlantischen Abkommen zur Übermittlung von Daten in die USA, *Privacy Shield*, unter Vorbehalt zugestimmt. Eine Überprüfung des Abkommens mit Bewertung ist in einem Jahr geplant (Quelle: Datenschutz-Agentur, Heise).

## August 2016

**3. August 2016:** Wie der MDR berichtet, hat die Thüringer Polizei offenbar Gespräche aufgezeichnet, die über Diensttelefone geführt wurden. Dies geschah ohne Wissen oder Zustimmung der Teilnehmer auf Basis einer Dienstanweisung von 1999. Betroffen seien unter anderem Gespräche mit Staatsanwälten, Rechtsanwälten, Journalisten und weiteren Personen, wenn bestimmte Apparate der Thüringer Polizei beteiligt waren. Aufgrund der Anzeige zweier Staatsanwälte ermittle die Staatsanwaltschaft seit Frühjahr 2016 (Quelle: Mitteldeutscher Rundfunk, Heise).

**6. August 2016:** Der Baden-Württembergische Verbraucherschutzminister Peter Hauk (CDU) will Migranten vorschreiben, in sozialen Netzen auf deutsch zu kommunizieren. „Wer in unserem Land lebt, sollte in der Landessprache kommunizieren“, so der Minister. Zusätzlich forderte er ein härteres Vorgehen gegen Hetze und Straftaten. Rainer Wendt, der Vorsitzende der Deutschen Polizeigewerkschaft fordert gleichzeitig eine Lockerung der Datenschutzbestimmungen (Quelle: Mannheimer Morgen, Heise).

**6. August 2016:** Die Bürgerrechtsorganisation *Privacy International* hat vor dem europäischen Gerichtshof in Straßburg Klage gegen die internationalen Cyberangriffe des britischen Geheimdienstes GCHQ erhoben. Unterstützt wird die Klage von vier Providern aus Großbritannien, Korea und den USA, sowie vom Chaos Computer Club (Quelle: Heise).

**13. August 2016:** Für ein internationales Vorgehen gegen Verschlüsselung macht sich Frankreichs Innenminister stark. Die Regierung in Deutschland setzt sich dagegen laut Innenministerium dafür ein, dass eine starke und sichere Verschlüsselung verfügbar sei, wobei die Sicherheitsbehörden aber in die Lage versetzt werden müssten, damit umzugehen (Quelle: Heise).

